

An den
Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMVIT-9.000/0065-I/PR3/2018

15 . November 2018

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Holzleitner, BSc, Genossinnen und Genossen haben am 12. Oktober 2018 unter der **Nr. 1981/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung und zur Aufhebung der Richtlinie 2000/84/EG gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

- *Wie lautet die Position Ihres Ressorts zum genannten Vorschlag insgesamt und zu dessen wesentlichsten Bestimmungen?*

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) unterstützt grundsätzlich den Vorschlag der EK, die europaweite einheitliche halbjährliche Zeitumstellung abzuschaffen. Jedoch sind folgende Punkte kritisch zu betrachten: einerseits die Umsetzungsfrist und andererseits ist eine harmonisierte sowie koordinierte Vorgangsweise erforderlich. Jedenfalls gilt es, einen „Zeit-Fleckerl-Teppich“ im europäischen Binnenmarkt zu vermeiden.

Zu Frage 2:

- *Sind weitere Ressorts mit dem Vorschlag befasst?*

Mit diesem Vorschlag wurden alle Ressorts befasst. An dieser Stelle darf ich darauf hinweisen, dass die Umsetzung der derzeit geltenden Richtlinie zur Sommerzeit (RL 2000/84/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Januar 2001 zur Regelung der Sommerzeit) in Österreich durch ein Gesetz (Zeitzählungsgesetz BGBl. Nr. 78/1976, in der Fassung BGBl. Nr. 52/1981) und eine Verordnung der Bundesregierung (zuletzt die Verordnung der Bundesregierung über die Sommerzeit in den Kalenderjahren 2017 bis 2021, BGBl. II Nr. 22/2017) umgesetzt wurde.

Zu Frage 3:

- *Stimmen Sie mit der Rechtsgrundlage des Vorschlags überein?*

Die Rechtsgrundlage für die derzeit geltende Richtlinie zur Sommerzeit (RL 2000/84/EG) und für den Vorschlag ist der Art. 114 AEUV.

Zu Frage 4:

- *Entspricht der Vorschlag den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit?*

Der Vorschlag entspricht den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit, vor allem da die Wahl der permanenten Standardzeit nach der Abschaffung der Zeitumstellung primär den Mitgliedstaaten obliegt.

Zu Frage 5:

- *Werden auf Grund des Vorschlages Änderungen an österreichischen Rechtsnormen erforderlich?*
a. Wenn ja: welche Bundesgesetze sind betroffen?

Ja, es betrifft das Zeitzählungsgesetz, BGBl Nr. 78/1976 idF BGBl Nr. 52/1981.

Zu Frage 6:

- *Sind durch den Vorschlag Kompetenzen der Bundesländer betroffen?*

a. *Wenn ja: auf Grund welcher Bestimmung(en) des Vorschlags?*

Nein, da das Bundesgesetz (siehe Punkt 5) auf dem Kompetenztatbestand Normenwesen, Artikel 10 Abs. 1 Z 5 B-VG, beruht.

Zu Frage 7:

- *Enthält der Vorschlag Bestimmungen, die im österreichischen Recht nur durch Bundesverfassungsgesetz getroffen werden könnten?*

Nein, der Richtlinienvorschlag enthält keine Bestimmung, die durch Bundesverfassungsgesetz umgesetzt werden müsste.

Zu Frage 8:

- *Wie ist die Position anderer Mitgliedstaaten zum Vorschlag?*

Die Mehrheit der Mitgliedstaaten spricht sich grundsätzlich für die Abschaffung der halbjährlichen Zeitumstellung aus. Im Übrigen darf ich auf die Beantwortung zu Fragepunkt 1 verweisen.

Zu Frage 9:

- *In welcher EU-Ratsformation wird der Vorschlag behandelt?*

Der Vorschlag wird in der Ratsformation „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ behandelt.

Zu Frage 10:

- *In welchem vorbereitenden Gremium des Rates der EU wird der Vorschlag behandelt?*

Der Vorschlag wird in der Ratsarbeitsgruppe „Landverkehr“ behandelt.

Zu Frage 11:

- *Fanden bereits Sitzungen in diesem Gremium statt?*

Seit der Vorstellung des Vorschlags durch Kommissionspräsidenten Juncker anlässlich seiner

Rede zur Lage der Union fanden bereits 6 Ratsarbeitsgruppensitzungen statt.

Darüber hinaus erfolgte im Rahmen des Informellen Rats der Verkehrsminister in Graz am 29. Oktober 2018 eine Arbeitssitzung.

Zu Frage 12:

- *Besteht ein Zeitplan für die Behandlung des Vorschlags?*

Der österreichische Vorsitz beabsichtigt, den Vorschlag in der österreichischen Ratspräsidentschaft weiterhin eingehend zu diskutieren, um möglichst im Dezember-Rat (03.12.2018 – Verkehrsministerrat in Brüssel) einen weitestgehend breiten Konsens zu erzielen.

Zu Frage 13:

- *Welche Art von Gesetzgebungsverfahren kommt zur Anwendung?*

Es gelangt das ordentliche Gesetzgebungsverfahren zur Anwendung.

Ing. Norbert Hofer

